Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8462

22. 11. 90

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der KSZE in Paris und zum bevorstehenden Europäischen Rat in Rom

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Ergebnisse des KSZE-Gipfeltreffens in Paris.

Mit dem Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa wird zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg der Bestand an konventionellen Waffen im Osten und Westen Europas deutlich verringert. Das Ziel, Ungleichgewichte bei diesen Waffensystemen zu beseitigen, wird damit erreicht. Europa wird aber weiterhin die weltweit höchste Konzentration an militärischem Potential aufweisen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, bei den in Paris vereinbarten Nachfolgeverhandlungen auf die konsequente Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bei den konventionellen Streitkräften in Europa hinzuwirken. Er fordert die Bundesregierung außerdem auf, sich für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa einzusetzen. Verhandlungsziel muß dabei die Null-Lösung sowohl bei den landgestützten wie bei den luftgestützten Nuklearsystemen sein.

Die KSZE-Staaten haben auf dem Pariser Gipfel die Institutionalisierung ihres Dialogs eingeleitet. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich aus dem KSZE-Prozeß die Grundlagen einer europäischen Friedensordnung entwickeln können. Europa steht heute vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Der Entspannung im Ost-West-Konflikt steht der Ausbruch nationaler Spannungen im Osten und Südosten Europas gegenüber, die von der kommunistischen Zwangsherrschaft nur unterdrückt, nicht aber gelöst worden waren. Die KSZE-Staaten müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, daß solche Spannungen entschärft und Konflikte, die die Sicherheit ganz Europas berühren können, verhütet werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, sich dafür einzusetzen, daß das auf dem KSZE-Gipfel vereinbarte

Konfliktverhütungszentrum zusätzlich zu seinen Rüstungskontrollaufgaben mit einem politischen Mandat zur Verhütung und Schlichtung von Streit ausgestattet wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Vorschlag des UN-Generalsekretärs zu folgen und sich für ein KSZE-Abkommen einzusetzen, durch das Waffenexporte an Länder außerhalb des KSZE-Bereichs verhindert werden. Die Bundesregierung bleibt darüber hinaus aufgefordert, Rüstungsexporte in ihrer Zuständigkeit auf die NATO zu begrenzen.

Bonn, den 21. November 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333